

Wie der Jobturbo in Karlsruhe zündet

Debatte ums Bürgergeld: Seit der Einführung hat sich einiges getan

Von Tina Givoni



Das Jobcenter der Agentur für Arbeit nennt Zahlen zum Bürgergeld. In Karlsruhe gibt es im Vergleich zur Einführung von Hartz-IV im Jahr 2005 teilweise Unterschiede. Hier ein Symbolbild dazu. Foto: Martin Schutt/dpa

Karlsruhe. Schafft das Bürgergeld falsche Anreize und sollte es womöglich in der bestehenden Form gleich komplett abgeschafft werden: Nach dem Aus der Ampel im Bund wird viel über die Sozialleistung diskutiert. In Karlsruhe zeigt der Blick in die Statistik, dass sich die Zahl der Empfänger seit Einführung der früher Hartz-IV genannten Leistung verändert hat.

Hartz-IV startete im Jahr 2005. „Damals hatten wir in Karlsruhe 11.000 Bedarfsgemeinschaften“, erinnert sich der Karlsruher Jobcenter-Chef Hans-Peter Kölmel. Aktuell sind es der Bilanz zufolge etwas weniger als 9.200, wobei es im Frühsommer 2022 einen Sprung nach oben gab. Zuvor war die Zahl der Bedarfsgemeinschaften auf deutlich unter 8.500 gesunken.

Dann erfolgte eine politische Entscheidung: Flüchtlinge aus der Ukraine erhalten in Deutschland keine Asylleistungen, sondern Bürgergeld. Entsprechend veränderten sich auch in Karlsruhe die Zahlen. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ging innerhalb eines Monats hoch auf 9.278. Und weil mehrere Personen – etwa Kinder und Partner – Teil der Bedarfsgemeinschaft sein können, stieg auch der Kreis der eigentlich erwerbsfähigen Bezieher im Alter zwischen 15 und 65 Jahren: von 10.323 im Mai 2022 auf 11.386 im Juni des gleichen Jahres.

Im Februar 2024 bezogen in Karlsruhe dann 12.054 erwerbsfähige Personen Bürgergeld. Doch der Kreis wird kleiner. Aktuell sind es 11.549 Empfänger. Einfluss auf diese Entwicklung hat nach Überzeugung von Kölmel auch der sogenannte Jobturbo: Der Bund will mit dem mehr Ukrainer in Arbeit bringen.

„Dieser Jobturbo ist sinnvoll“, findet Kölmel. Ein Ansatz sei beispielsweise, dass Sprachkenntnisse zwar grundlegend vermittelt, dann aber im beruflichen Alltag weiterentwickelt werden. Zudem suchte das Jobcenter immer wieder das Gespräch mit den Geflüchteten.

Nun nennt Kölmel Zahlen: Im Jahr 2024 wurden insgesamt 650 aus der Ukraine geflüchtete Menschen in den Arbeitsmarkt integriert. „Damit sind wir in Baden-Württemberg ganz vorne“, sagt Karlsruhes Sozialbürgermeister Martin Lenz (SPD). Aktuell sind der Jobcenter-Bilanz zufolge 1.924 ukrainische Flüchtlinge im erwerbsfähigen Alter im Bürgergeld. Nur noch wenige kämen neu pro Monat hinzu. Insgesamt leben rund 5.000 Schutzsuchende aus der Ukraine in der Stadt.

„Wenn jemand direkt eine Arbeit findet, ist er nie Teil unserer Statistik“, erklärt Kölmel. Ansonsten gelte: Das Deutschlernen sei das eine. Das Anerkennen der ausländischen Abschlüsse sei das andere. „Bei uns dauert das im Schnitt sechs bis acht Monate“, so Kölmel. In anderen Städten komme man schon mal auf eine Dauer von über einem Jahr. Gerechnet auf alle Karlsruher Bürgergeldbezieher wurden in diesem Jahr 3.000 Personen wieder in den Arbeitsmarkt integriert, erläutert Kölmel. Die Hälfte davon sind Frauen. Kölmel hat nicht nur Zahlen für die Ukraine, sondern ebenso für andere Herkunftsländer: Insgesamt 270 der vermittelten Personen stammen ursprünglich aus Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Somalia, Nigeria, Pakistan und Syrien. Stichwort Syrien: Der Statistik zufolge leben in Karlsruhe 1.855 Syrer in Karlsruhe. Bürgergeld empfangen 346.

Im Vergleich zur Einführung von Hartz-IV im Jahr 2005 hat sich der Auswertung zufolge die Zahl der Kinder unter den Empfängern deutlich reduziert, von damals 6.000 auf nun rund 3.800. Etwa 700 davon sind Ukrainer.

Sozialbürgermeister Lenz spricht von einem Gemeinderat, der Sozialpolitik macht. Und von einem Jobcenter, das die kommunale Sprache beherrsche. Karlsruhe investiert jedes Jahr eine Million Euro, um Menschen im sozialen Arbeitsmarkt unbefristete Ein-Euro-Jobs zu ermöglichen. „Wichtig ist,

dass diese Menschen eine Tagesstruktur haben“, betont Kölmel. Gleichzeitig könne diese Stelle die erste Stufe der Integrationsleiter sein – mit dem Ziel regulärer Arbeitsmarkt.